[**https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/485/einmal-neandertaler-immer-neandertaler-6872.html**](https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/485/einmal-neandertaler-immer-neandertaler-6872.html)

**Ruby Tuesday: Kommentar in Kontext Wochenzeitung 485:** **Einmal Neandertaler, immer Neandertaler**

**Von Johanna Henkel-Waidhofer Datum: 15.07.2020**

Wahlen gewann in Baden-Württemberg bisher wer die Herzen der Schwiegermütter erreichte. Da haben Frauen einen schweren Stand, besonders weil viele Stimmen aus dem „Betreuten Wohnen“ kommen. Die Prinzengarde der CDU-Bürgermeister, frisch geölt oder geföhnt erreichte Mehrheiten in den Gemeinden bei einer geringen, durchschnittlich 50 Prozentigen Wahlbeteiligung. Es ist das Land von Heintjes NachfahrerInnen, die mit „Mama“ weibliche Herzen erweichen.

Wenn der Bub ordentlich und fortgesetzt Mist macht, wie es LangenargnerInnen empfinden, keimt immer noch Hoffnung: „Er wird es schon noch lernen.“ Da spielt es vermutlich keine Rolle, wie viel Mist der derzeitige CDU-Bürgermeister Achim Krafft im Ort verteilt hat oder, solange die Überzahl der Lokalpresse-Frauen von Schwäbischen Media sich für ihn erwärmen, noch verteilen darf. Ein ordentliches Medium, das Forum Langenargen, ist ChronistIn eines langjährigen Staatsversagens. Was man der Gemeinde wünschen könnte das ist eine junge, kommunikative Frau die das Boot in den frischen Wind dreht. Die Bewerbungsunterlagen für die nächste BürgermeisterInnenwahl am Sonntag, 08. November 2020 können ab sofort beim Bürgermeisteramt Langenargen eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist endet, wie es bisher veröffentlicht wurde am Montag, 12.Oktober 2020 um 18.00 Uhr. Die Stelle wird ordentlich bezahlt, das bedeutet, der Mann könnte zu Hause im Home-Office bleiben und die „süßen“ Seiten des Lebens kennenlernen. Frau muss nicht Mitglied einer Partei sein, das ist ein deutlicher Vorteil, und sie kann alle Möglichkeiten ausschöpfen später in den Land- oder Bundestag gewählt zu werden. Das größte Problem ist, scheint mir, dass es bei allen Parteien vorrangig um das Stehvermögen bei Wein- oder Bierfesten geht, da sind Frauen, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen, eher im Nachteil.

Ein Beispiel: Wenn es um Schutzräume für Betroffene wegen häuslicher Gewalt geht, sollten gemäß der Istanbul-Konvention in Deutschland 21.400 Betten in Frauenhäusern verfügbar sein, es sind aber nur 6.800. Zu dem und vielen anderen sozialen Themen bewegt die CDU nichts, ebenso wenig bei anderen Frauenthemen und der Rechtsstaat verkommt zum RechtsStaat. Was soll also die Hoffnung auf eine Frauenquote, wenn die Politik der CDU insgesamt mies und gemessen an den heutigen Erfordernissen irreparabel erodiert ist?

Bei Umweltthemen, das war der letzte Stand, sind Frauen von Fridays for Future tonangebend, was die langsamvor sich hin modernden Grünen mit Hektik und Vereinnahmung kaschieren wollten. Die SPD bangt um jede noch erreichbare Beratungs- oder Aufsichtsratsstelle und wird daran scheitern, dass sich Unternehmen eigenständig in Richtung einer ökologischen Zukunft orientieren.

Insgesamt werfen alle mit Unsummen für Einkaufsgutscheine und Unternehmensbeihilfen um sich und haben völlig vergessen, dass Shoppen auch durch höhere Nettoeinkommen, besonders bei GeringverdienerInnen ins Ziel führen würde. Das tatsächlich soziale Miteinander vertritt derzeit keine Partei, auch die Linke nicht, solange sie für die Förderung von KünstlerInnen, Klubszene und Konzerne eintritt, die über Lobbygruppen verfügen, statt sich für eine gleiche Grundversorgung für Alle einzusetzen, auch wenn sie nicht durch LobbyistInnen begleitet werden. Bei einem Volumen von über 20 Prozent armer Haushalte mit Kindern wäre das eine Chance für die Zukunft.

Die CDU ist tot, sie hat es nur noch nicht geschafft umzufallen, so möchte ich es umschreiben. Der Jugend bleibt keine andere Chance, als Diäten, besonders aber die Altersbezüge der Beamtenschaft, dem Niveau der ArbeiterInnenhaushalte anzugleichen. Für die schweigende Mehrheit ebenso wie für Überzeugungstäter und zwar um den sozialen Frieden zu erhalten. Das geht aber mit den alten Parteien nicht, die sich Alternativ darauf mit Gesetzen darauf vorbereiten die Knüppelgarde zu schicken, für die alle bisher ausreichenden Gesetze „modernisiert“ wurden.

<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/485/einmal-neandertaler-immer-neandertaler-6872.html?timestamp=1594831300&cHash=cb012e6d4312ad3653e710c4957d48cb#jumpto-comments>

**Ruby Tuesday: Kommentar in Kontext Wochenzeitung 485:** **Einmal Neandertaler, immer Neandertaler**

Wahlen gewann in Baden-Württemberg bisher wer die Herzen der Schwiegermütter erreichte. Da haben Frauen einen schweren Stand, besonders weil viele Stimmen aus dem „Betreuten Wohnen“ kommen. Die Prinzengarde der CDU-Bürgermeister, frisch geölt oder geföhnt erreichte Mehrheiten in den Gemeinden bei einer geringen, durchschnittlich 50 Prozentigen Wahlbeteiligung. Es ist das Land von Heintjes NachfahrerInnen und Kehrwoche, die mit „Mama“ weibliche Herzen erweichen.

Wenn der Bub ordentlich und fortgesetzt Mist macht, wie es LangenargnerInnen empfinden, keimt immer noch Hoffnung: „Er wird es schon noch lernen.“ Da spielt es vermutlich keine Rolle, wie viel Mist der derzeitige CDU-Bürgermeister Achim Krafft im Ort verteilt hat oder, solange die Überzahl der Lokalpresse-Frauen von Schwäbischen Media sich für ihn erwärmen, noch verteilen darf. Ein ordentliches Medium, das Forum Langenargen, ist ChronistIn eines langjährigen Staatsversagens. Was man der Gemeinde wünschen könnte das ist eine junge, kommunikative Frau die das Boot in den frischen Wind dreht. Die Bewerbungsunterlagen für die nächste BürgermeisterInnenwahl am Sonntag, 08. November 2020 können ab sofort beim Bürgermeisteramt Langenargen eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist endet, wie es bisher veröffentlicht wurde am Montag, 12.Oktober 2020 um 18.00 Uhr. Die Stelle wird ordentlich bezahlt, das bedeutet, der Mann könnte zu Hause im Home-Office bleiben und die „süßen“ Seiten des Lebens kennenlernen. Eine Frau muss nicht Mitglied einer Partei sein, das ist ein deutlicher Vorteil, und sie kann alle Möglichkeiten ausschöpfen später in den Land- oder Bundestag gewählt zu werden. Das größte Problem ist, scheint mir, dass es bei allen Parteien vorrangig um das Stehvermögen bei Wein- oder Bierfesten geht, da sind Frauen, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen, eher im Nachteil.

Ein Beispiel: Wenn es um Schutzräume für Betroffene wegen häuslicher Gewalt geht, sollten gemäß der Istanbul-Konvention in Deutschland 21.400 Betten in Frauenhäusern verfügbar sein, es sind aber nur 6.800. Zu dem und vielen anderen sozialen Themen bewegt die CDU nichts, ebenso wenig bei anderen Frauenthemen und der Rechtsstaat verkommt zum RechtsStaat.

Was soll also die Hoffnung auf eine Frauenquote, wenn die Politik der CDU insgesamt mies und gemessen an den heutigen Erfordernissen irreparabel erodiert ist? Bei Umweltthemen, das war der letzte Stand, sind Frauen von Fridays for Future tonangebend, was die langsam vor sich hin modernden Grünen durch Hektik und Vereinnahmung kaschieren wollten. Die SPD bangt um jede noch erreichbare Beratungs- oder Aufsichtsratsstelle und wird daran scheitern, dass sich Unternehmen eigenständig in Richtung einer ökologischen Zukunft orientieren.

Insgesamt werfen alle mit Unsummen für Einkaufsgutscheine und Unternehmensbeihilfen um sich und haben völlig vergessen, dass Shoppen auch durch höhere Nettoeinkommen, besonders bei GeringverdienerInnen ins Ziel führen würde. Das tatsächliche soziale Miteinander vertritt derzeit keine Partei, auch die Linke nicht, solange sie für die Förderung von KünstlerInnen, Klubszene und Konzerne eintritt, die über Lobbygruppen verfügen, anstatt sich für eine gleiche Grundversorgung für alle Menschen einzusetzen, auch wenn sie nicht durch LobbyistInnen, Posaunen- und Fanfarengruppen begleitet werden. Bei einem Volumen von über 20 Prozent armer Haushalte mit Kindern wäre das eine reale Chance für die Zukunft.

Die CDU ist tot, sie hat es nur noch nicht geschafft umzufallen, so möchte ich es umschreiben. Der Jugend bleibt keine andere Chance, als Diäten, besonders aber die Altersbezüge der Beamtenschaft, dem Niveau der ArbeiterInnenhaushalte anzugleichen. Für die schweigende Mehrheit ebenso wie für Überzeugungstäter und zwar um den sozialen Frieden zu erhalten. Das geht aber mit den alten Parteien nicht, die sich alternativ mit Gesetzen darauf vorbereiten die Knüppelgarde zu schicken. Für den RechtsStaat scheint es, sind alle Unterdrückung verheißenden Gesetze „modernisiert“ worden.